

Dirk Engel, Georg Metzger, Michaela Niefert
und Daniel Skambracks

Der Beschäftigungs- beitrag kleiner und mittlerer Unternehmen

Heft 11



Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Vorstand:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (Präsident),

Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat:

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Dr. Dietmar Kuhnt, Dr. Henning Osthues-Albrecht, Reinhold Schulte
(stellv. Vorsitzende);

Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Manfred Breuer, Christoph Dänzer-Vanotti,
Dr. Hans Georg Fabritius, Prof. Dr. Harald B. Giesel, Karl-Heinz Herlitschke,
Dr. Thomas Köster, Hartmut Krebs, Tillmann Neinhaus, Dr. Günter Sander-
mann, Dr. Gerd Willamowski

Forschungsbeirat:

Prof. David Card, Ph.D., Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Walter Krämer,

Prof. Dr. Michael Lechner, Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith, Ph.D.,

Prof. Dr. Harald Uhlig, Prof. Dr. Josef Zweimüller

Ehrenmitglieder des RWI Essen

Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Paul Klemmer

RWI : Materialien Heft 11

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel. 0201/81 49-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2004

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktionelle Bearbeitung: Joachim Schmidt

ISSN 1612-3573 – ISBN 3-936454-25-6

Dirk Engel, Georg Metzger,
Michaela Niefert und Daniel Skambracks

Der Beschäftigungsbeitrag kleiner und
mittlerer Unternehmen

RWI : Materialien

Heft 11

Dirk Engel, Georg Metzger, Michaela Niefert
und Daniel Skambracks

Der Beschäftigungs- beitrag kleiner und mittlerer Unternehmen



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die vorliegende Arbeit basiert auf Abschnitt 3 aus:
KfW Bankengruppe (Hrsg.), Mittelstandsmonitor 2004 – Chancen zum Aufschwung nutzen. Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen. Erstellt von Creditreform, IfM Bonn, RWI Essen, ZEW Mannheim und KfW. Frankfurt a.M.

Dirk Engel, RWI, Essen
Georg Metzger, ZEW, Mannheim
Michaela Niefert, ZEW, Mannheim
Daniel Skambracks, KfW, Frankfurt a.M.

ISSN 1612-3573

ISBN 3-936454-25-6

Inhalt

1.	Einführung.	9
1.1	Das wirtschaftspolitische Interesse an KMU	9
1.2	Gründe für den Bedeutungszuwachs von KMU.	11
1.3	Fragestellungen	12
2.	Vergleich verschiedener Datenquellen	13
3.	Beschäftigungsbeitrag der KMU: Empirische Ergebnisse . . .	16
3.1	Status Quo	16
3.2	Zeitliche Veränderung nach Größenklassen	18
3.3	Zu- und Abgänge von Beschäftigung	22
3.4	Zwischenfazit	29
4.	Mittelfristiger Beschäftigungsbeitrag von Gründungen	29
5.	Beschäftigungsbeitrag von Selbständigen	31
6.	Fazit.	33
	Literatur	35

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Zusammenfassung der Ergebnisse	35
------------	--	----

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	Stellenwert von KMU nach Auswertung verschiedener Datenquellen	15
--------------	--	----

Verzeichnis der Kästen

Kasten 1:	Begriffe und verwendete Datensätze	14
Kasten 2:	KMU-Definition des IfM-Bonn.	17
Kasten 3:	Methodische Anmerkung zur Bestimmung der Zahl neuer und abgebauter Arbeitsplätze	24

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1:	Bestand, Zugang und Abgang bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben	19
Schaubild 2:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen	20
Schaubild 3:	Umsatz in Deutschland nach Unternehmensgrößenklassen	21
Schaubild 4:	Jährlicher Nettobeschäftigungsbeitrag nach Größenklassen	23
Schaubild 5:	Zugang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgrund von Gründungen und Betriebswachstum, Anteil	25
Schaubild 6:	Zugang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgrund von Gründungen und Betriebswachstum, absolut	26
Schaubild 7:	Abgang aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aufgrund von Betriebsschließungen und Schrumpfungen, Anteil	27
Schaubild 8:	Abgang aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aufgrund von Betriebsschließungen und Schrumpfungen, absolut	28
Schaubild 9:	Anteil der Gründungskohorten 1990 bis 1993 an den Erwerbstätigen	30
Schaubild 10:	Selbständige mit und ohne Beschäftigte	32

Der Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen

1. Einführung

1.1 Das wirtschaftspolitische Interesse an KMU

Die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nahm im Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre stetig ab; die Zahl der Selbständigen erreichte Mitte der siebziger Jahre in Westdeutschland einen Tiefpunkt. Viele Ökonomen priesen damals die Vorzüge großer Unternehmen und oligopolistischer Strukturen. Seit den letzten drei Jahrzehnten ist jedoch ein Wandel in der wirtschaftlichen Bedeutung wie in der wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Wahrnehmung von KMU zu beobachten. So stieg der Anteil der Beschäftigten in westdeutschen KMU (Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten) zwischen 1970 und 1987 von 55 % auf 58 % (Acs, Audretsch 1993). Auf den ersten Blick erscheint dieser Zuwachs um 3 %-Punkte zwar gering. Tatsächlich handelt es sich aber um eine „Nettoverschiebung“ von etwa 1 Mill. Arbeitsplätzen von großen zu KMU.

Die Wirtschaftspolitik hofft auf einen anhaltend hohen und noch weiter zunehmenden Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen und versucht, diesen durch eine spezielle Förderung der KMU zu sichern. Für die Förderung werden aber auch ordnungs- und wettbewerbspolitische Gründe angeführt. Viele Märkte neigen zur Konzentrationsbildung. Marktbeherrschende Positionen bedeuten aber in der Regel höhere Preise und weniger Innovationen. Es fehlt der durch konkurrierende Unternehmen erzeugte Druck, Preise und Kosten zu senken bzw. die Qualität der Leistung zu erhöhen. KMU einschließlich Existenzgründer erzeugen hingegen Wettbewerbsdruck „von unten“ und produktive Unruhe. Beides ist für Marktwirtschaften essenziell. Deshalb ist es besonders wichtig, eine pluralistische Wirtschaftsstruktur mit einer ausgewogenen Mischung aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen zu erhalten.

Neben beschäftigungs-, ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen werden weitere Argumente für die Förderung von KMU und Existenzgründun-

gen genannt. Eines zielt auf das – gemessen an ihrer Größe – hohe Innovationspotenzial ab. Eine Vielzahl von Studien belegt, dass KMU ihr Innovationspotenzial im Vergleich zu Großunternehmen aufgrund größenbedingter Nachteile nur unterdurchschnittlich ausschöpfen (MittelstandsMonitor 2003, Kapitel 4). Dass Unternehmen grundsätzlich weniger innovieren als gesamtwirtschaftlich wünschenswert ist, liegt an so genannten Unteilbarkeiten und externen Effekten, die dazu führen, dass sich Innovationsprojekte aus einzelwirtschaftlicher Perspektive oft nicht rechnen.¹ Bei ca. 3,3 Mill. KMU in Deutschland könnte das nicht ausgeschöpfte Potenzial – insgesamt gesehen – beachtlich und eine Förderung der Ausschöpfung aus Sicht der Wirtschaftspolitik erwünscht sein.

Mit Hilfe der Förderung sollen grundsätzlich größenbedingte Nachteile von mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern ausgeglichen oder gemildert und so ihre Chancen im Wettbewerb mit Großunternehmen verbessert werden. KMU weisen im Vergleich mit großen ein höheres Risiko des Scheiterns auf. Je kleiner und je jünger das Unternehmen ist, desto größer ist zudem die Unsicherheit über das individuelle Ausfallrisiko. Dies erschwert KMU den Zugang zu externer Finanzierung wie Krediten oder Beteiligungen. Eine Verteuerung externen Kapitals ergibt sich aber auch aufgrund mangelnden Zugangs zum organisierten Kapitalmarkt sowie höherer relativer Bearbeitungskosten (bezogen auf das Finanzierungsvolumen). Die Mittelstandsförderung in Deutschland zielt daher vornehmlich auf die Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen ab. Damit soll ihre Fähigkeit gestärkt werden, Arbeitsplätze zu schaffen, das Innovationspotenzial auszuschöpfen und ihren Beitrag zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu leisten.

Trotz zahlreicher Analysen und Studien ist das Wissen um die Wirkungen der Mittelstandsförderung begrenzt und sollte daher durch wissenschaftliche Evaluationen weiter ausgebaut werden. Deren Ergebnisse unterstützen die Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums. Viele Evaluationen beschränkten sich bisher (auch mangels geeigneter Daten) auf inputorientierte Umsetzungskontrollen. Ergebnisorientierte Wirkungsanalysen mittels moderner Evaluationsverfahren finden indessen nur selten statt.

1.2 Gründe für den Bedeutungszuwachs von KMU

Die Renaissance der KMU vollzog sich mit dem Strukturwandel hin zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft (Tertiarisierung) und mit – sich selbst

¹ Dies liegt daran, dass ein innovatives Unternehmen nicht alle Erträge aus seiner Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (FuE) für sich allein vereinnahmen kann. Auch andere können von diesem Wissen profitieren, ohne dafür ein entsprechendes Entgelt entrichten zu müssen. Da Unternehmen jedoch nur in dem Maße bereit sind, in FuE zu investieren, wie es ihnen auch gelingt, die Früchte hieraus für sich zu sichern, wird der gesamtwirtschaftliche Nutzen, der über die privaten Erträge hinaus geht, nicht berücksichtigt.

verstärkenden – technologischen Innovationen insbesondere in den Bereichen Computer-, Kommunikations- und Mikrotechnologie. Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien verstärken u.a. auch die durch die Globalisierung induzierten Veränderungen in der Organisation von Märkten und Unternehmen. Spezifische Vorteile der KMU bei der Besetzung von neuen Märkten und Marktnischen sowie die durch den Strukturwandel und die Globalisierung ausgelösten Veränderungen bei Großunternehmen sprechen für einen zunehmenden Beschäftigungsbeitrag der KMU in den letzten 20 Jahren.

Steigende Renditeanforderungen der Investoren, Kostendruck sowie die zunehmende Komplexität des Wirtschaftsprozesses stimulierten Maßnahmen der Unternehmen, ihre betrieblichen Abläufe zu reorganisieren und zu verschlanken. Die Dezentralisierung der Aktivitäten von großen Unternehmen ging einher mit neuen Formen der Arbeitsteilung zwischen ihnen und KMU. Es entstanden neue, kleinere Betriebe und Tochterfirmen, welche sich um die Erbringung spezifischer Leistungen kümmerten. Eine Vielzahl der Gründungen ist demnach Ergebnis unternehmensinterner Umstrukturierungsmaßnahmen, mit dem Ziel, die Effizienz der Leistungserstellung zu erhöhen.

Im Zuge der Globalisierung kam es zu einer deutlichen Zunahme der Importkonkurrenz bei standardisierten Massenprodukten. Insbesondere große Unternehmen reagierten auf den zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendruck mit einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Sie führt für sich genommen dazu, dass der Beschäftigungsbeitrag der Großunternehmen im Inland sinkt und so der Anteil der KMU steigt. Im Zuge der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland nimmt auch der Anteil der Beschäftigten im Ausland an allen Beschäftigten zu. Einer Auswertung aus der RWI-Datenbank „Globalisierung“ zufolge stieg der Anteil bei 122 deutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit Auslandsaktivitäten bis 1998 auf 47 %. Im Jahr 1990 lag dieser noch bei 30 %.²

Kleine und junge Unternehmen gelten als Hoffnungsträger für das Erkennen und Nutzen von Marktchancen, da sie meist flexibler auf neue Ideen reagieren können. Schwach ausgeprägte interne Bürokratien, kurze Informationswege und geringere Umstellungskosten bei einer Veränderung der Produkt- und Leistungserstellung werden als Vorteile hervorgehoben. Eine Vielzahl neuer Marktchancen entsteht durch die zunehmende Dienstleistungsintensität der Produktionsprozesse und die wachsenden Serviceansprüche der Kunden.

Ihre höhere Flexibilität kann KMU auch Vorteile bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien verschaffen. Die zunehmend kürzer werden-

² Döhrn, Radmacher-Nottelmann (2000: 10, 13). Die berücksichtigten Unternehmen stellen im Jahr 1997 17 % der inländischen Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und 40 % der im Ausland beschäftigten Personen in Filialen deutscher Unternehmen.

den Lebenszyklen von Produkt und Technikfeldern machen es immer wichtiger, in kurzer Zeit Innovationen zu entwickeln und anzuwenden. Die Beziehung zwischen jungen und kleinen Unternehmen auf der einen Seite und etablierten größeren auf der anderen ist hier vielfach komplementär. Große Unternehmen gehen zur Präsenz in neuen, noch unerprobten Technologiefeldern oft strategische Beteiligungen oder Allianzen mit jungen, hochinnovativen Unternehmen ein, um das eigene Risiko gering zu halten. Diese jungen und kleinen High Tech-Unternehmen erfüllen somit eine bedeutende "Testfunktion" (Rothwell, Dodgson 1996) für Großunternehmen.

In der Summe führen die aufgezeigten Trends zu einer Wirtschaft, deren wichtigstes Kapital Wissen ist. Wissen, das benötigt wird, um zu produzieren, um bestehende Produkte und Technologien weiter zu entwickeln oder neue zu erfinden. Die Wissensintensivierung der Wirtschaft verlangt zunehmend die fortwährende Anpassung an die neueste Technologien, erweitert aber auch die Möglichkeiten, innovative Ideen als Selbständige zu verwirklichen. Dieser Wandel wird durch einen gleichzeitig stattfindenden gesellschaftlichen Wertewandel (z.B. Kultur der Selbständigkeit, zunehmende Eigenverantwortung oder neue Arbeitsformen) unterstützt.

1.3 Fragestellungen

Ein wesentlicher Grund für den hohen Stellenwert von KMU besteht in ihrem Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Dafür kommen prinzipiell zwei Quellen in Frage: Erstens die Gründung von Unternehmen, bei der die Gründer zunächst für sich selbst einen Arbeitsplatz schaffen und ggf. sofort Mitarbeiter einstellen. Zweitens das Wachstum bestehender Unternehmen. Das Pendant dazu ist der Verlust von Arbeitsplätzen durch Unternehmensschließungen und Schrumpfungsprozesse. Um den Nettobeitrag von KMU zur Beschäftigungsentwicklung zu bestimmen, sind daher sowohl Beiträge zum Arbeitsplatzaufbau als auch zum -abbau zu betrachten. Erst diese Netto-Sicht erlaubt ein gesamtwirtschaftlich relevantes Urteil.

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie hoch ist der Anteil von KMU an der Gesamtbeschäftigung, den neuen sowie den abgebauten Arbeitsplätzen?
- Gibt es einen Trend hin zu mehr Beschäftigung in KMU (Dezentralisierung der Beschäftigung)?
- Wie hoch ist der Beschäftigungsbeitrag neu gegründeter Unternehmen?
- Wie viele Erwerbstätige sind selbständig tätig?

Für die folgenden Analysen legen wir die in Deutschland weit verbreitete Abgrenzung von KMU zugrunde. Zu ihnen zählen alle Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten oder weniger als 50 Mill. € Umsatz.

2. Vergleich verschiedener Datenquellen

Die Beantwortung der Fragen setzt die Verfügbarkeit geeigneter Daten voraus. Methodische Probleme bei der Erfassung der Beschäftigten in neu gegründeten und bestehenden KMU in amtlichen Statistiken erfordern dabei einen Rückgriff auf eine Vielzahl spezifischer Datensätze. Neben den Betriebsdaten der Bundesanstalt für Arbeit (BA) nutzen wir die Daten des Mikrozensus und der ZEW-Gründerstudie zur Beschreibung des Beschäftigungsbeitrages sowie die Umsatzsteuerstatistik zur Abbildung der Bedeutung von KMU gemessen am steuerbaren Umsatz. Ohne Kenntnis der spezifischen Probleme und Defizite der einzelnen Datenquellen ist eine Ergebnispräsentation und -interpretation wenig sinnvoll. Daher erörtern wir im Folgenden kurz deren zentrale Merkmale (Kasten 1).

Übersicht 1 zeigt die derzeit verfügbaren Quellen, mit denen der Beschäftigungsbeitrag von KMU analysiert werden kann. Zentrale Voraussetzung für die Nutzung einer Datenquelle ist, dass eine Differenzierung nach Größenklassen möglich ist und die Quelle repräsentativ zur Abbildung der Wirtschaftsaktivität ist. Die Datengrundlagen unterscheiden sich u.a. darin, ob Erwerbstätige oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erfasst werden und ob die Informationen auf der Betriebs- oder der Unternehmensebene erhoben werden.

Auf der Unternehmensebene liegen mit der Umsatzsteuerstatistik nur Angaben zum zu versteuernden (steuerbaren) Umsatz vor, nicht jedoch zur Zahl der Beschäftigten. Es lassen sich allenfalls indirekt Aussagen zu den Beschäftigungsbeiträgen der einzelnen Unternehmensgrößenklassen ableiten. Die Umsatzsteuerstatistik hat daneben noch den Nachteil der Untererfassung von bestimmten wirtschaftsaktiven Unternehmen (Lageman, Löbbe et al. 1999: 67f.). Dies liegt zum einen in den zahlreichen Ausnahmetatbeständen des § 19 UStG (Befreiung von der Umsatzsteuer für Land- und Forstwirtschaft, den überwiegenden Teil des Kredit- und Versicherungsgewerbes, Wohnungswirtschaft, Gesundheitswesen usw.) zum anderen in der Abschneidegrenze zur Umsatzsteuerpflicht (16 617 € seit 1996) begründet. Viele Freiberufler und Kleinstunternehmer werden daher nicht berücksichtigt.

Dem steht die IAB Betriebsdatei gegenüber, welche die qualitativ besten Indikatoren zur Beschreibung der größen-spezifischen Beschäftigung enthält. Diese liegen allerdings nur auf Betriebsebene vor und nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Mikrozensus werden neben abhängig Beschäftigten auch Selbständige nach der Größe des Betriebes befragt, in dem sie tätig sind. Ein Manko des Mikrozensus ist, dass aufgrund der Fragestellung eine Abgrenzung mittlerer Betriebe (50 bis 499 Beschäftigte) nicht möglich ist.

Kasten 1

Begriffe und verwendete Datensätze	
<i>Begriffe</i>	
Originäre Gründung	Erstmalige Errichtung einer neuen betrieblichen Faktorkombination.
Gründungs-kohorte	Unternehmen, die in einem bestimmten Zeitraum gegründet wurden.
Betrieb vs. Unternehmen	Ein Unternehmen kann aus ein oder mehreren rechtlich unselbständigen Betrieben bestehen.
Erwerbstätige vs. Beschäftigte	Erwerbstätige umfassen zusätzlich zu den abhängig Beschäftigten noch Beamte, Selbständige und deren mithelfende Familienangehörige.
Selbständige	Selbständig ist, wer seine Tätigkeit im Wesentlichen frei gestalten und seine Arbeitszeit und seinen Arbeitsort frei bestimmen kann.
<i>Datensätze</i>	
Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes (destatis)	Jährlich durchgeführte Befragung einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe (ca. 820 000 Personen) zur Erhebung von Angaben zur Bevölkerungsstruktur, der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, dem Haushalts- und Familienzusammenhang, Erwerbstätigkeit, Bildung und Wohnverhältnissen. Unter anderem werden die Teilnehmer nach der Größe des <i>Betriebes</i> , in dem sie arbeiten, gefragt.
KfW-Mittelstandspanel	Repräsentative Wiederholungsbefragung von KMU in Deutschland.
IAB-Betriebsdatei	Sie wird auf Grundlage der Stichtagsdaten der Beschäftigtenstatistik erstellt und umfasst Angaben zu allen Betrieben in Deutschland, die mindestens einmal zu einem der Stichtage sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gemeldet haben. Daneben werden Ort (Kreis und Arbeitsamtsbezirk) und Branche der Betriebe festgehalten. Solo-Selbständige und Selbständige mit ausschließlich geringfügig Beschäftigten sowie Erwerbstätige mit Mini-Jobs werden nicht berücksichtigt.
Umsatzsteuerstatistik (destatis)	Sie beruht auf der monatlichen und vierteljährlichen Auswertung der Umsatzsteuer-Voranmeldungen. Zu diesen sind alle Unternehmen verpflichtet, deren Umsatz über 16 617 € und deren Steuer über 512 € im Jahr beträgt. Erfasst werden die jährlichen Umsätze nach Wirtschaftszweigen, die der deutschen Umsatzbesteuerung unterliegen. Sie werden z.T. in Verbindung mit Angaben zu Unternehmensgrößenklasse und Rechtsform erhoben. Die bis 1995 zweijährliche Erhebung, wird nunmehr jährlich durchgeführt.
ZEW-Gründungspanel	Datengrundlage des ZEW-Gründungspanel sind etwa halbjährlich bereitgestellte Unternehmensdaten der größten deutschen Kreditauskunftei Creditreform, welche über eine umfassende Datenbank zu deutschen Unternehmen verfügt. Erhebungseinheit ist das rechtlich selbständige Unternehmen. Die originären Unternehmensdaten werden vor der wissenschaftlichen Auswertung verschiedenen Aufbereitungsprozeduren und Plausibilitätstests unterzogen.
ZEW-Gründerstudie	Die ZEW-Gründerstudie beinhaltet u.a. Angaben zur Beschäftigung für ca. 3 700 Unternehmen der Gründungsjahre 1990 bis 1993. Die Daten wurden mittels einer einmaligen Telefonbefragung im Jahr 1999 gewonnen, die auf Kontaktadressen einer 12 000 Unternehmen umfassenden Zufallsstichprobe aus dem ZEW-Gründungspanel zurückgriff.



Da Unternehmen oft über mehrere Betriebe verfügen und sich das Unternehmen in einer anderen Größenklasse befinden kann als der einzelne Betrieb, wird der Beschäftigungsbeitrag von KMU zu hoch als tatsächlich existent angewiesen: Denn vor allem größere Unternehmen dürften über mehrere Betriebe verfügen, die häufig einer kleineren Größenklasse zuzuordnen sind als das Unternehmen insgesamt. Der Trend zur Auflösung großbetrieblicher

Übersicht 1

Stellenwert von KMU nach Auswertung verschiedener Datenquellen

Datenquelle	Erhebungseinheit	Stellenwert von KMU im Jahr 2000
Umsatzsteuerstatistik	Umsatz von steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen	29 % der Umsätze entfällt auf Steuerpflichtige mit weniger als 10 Mill. € Umsatz, 15 % der Umsätze entfällt auf Steuerpflichtige mit 10 bis unter 50 Mill. € Umsatz
Mikrozensus	Erwerbstätige auf Betriebs-ebene	51 % der Erwerbstätigen arbeiten in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten
IAB-Betriebsdatei	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf Betriebsebene	43 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, 35 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten

Eigene Berechnungen.



Strukturen zu Gunsten der Bildung kleiner, flexibler Betriebseinheiten innerhalb der Großunternehmen lässt eine im Zeitablauf zunehmende Überschätzung der Beschäftigungsanteils der KMU vermuten. Auf der anderen Seite weisen die IAB-Daten nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus. Selbständige und geringfügig Beschäftigte, die vor allem in KMU tätig sind, werden hier nicht erfasst. Folge dessen ist eine Unterschätzung des Anteils der KMU. Das Zahlenmaterial der IAB-Betriebsdatei erlaubt also nur eine Annäherung an den Beschäftigungsbeitrag von KMU. Der Anteil der KMU an allen Beschäftigten ist mit hoher Wahrscheinlichkeit geringer.

Neben quantitativen Merkmalen (unter 500 Beschäftigte, unter 50 Mill. € Umsatz) werden auch qualitative Kriterien zur Abgrenzung von KMU herangezogen. Dazu zählt die völlige oder weitgehende Konzernunabhängigkeit (Deutsche Bundesbank 2003: 31ff.). Wird die EU-Definition zu Grunde gelegt, so gelten Unternehmen als KMU, sofern eine etwaige Kapitalbeteiligung eines Großunternehmens unter 25 % liegt. Sofern dieser Anteil überschritten wird, so die Vermutung, werden größenbedingte Nachteile durch den Rückgriff auf Ressourcen desjenigen Unternehmens ausgeglichen, welches den kontrollierenden Einfluss ausübt. Die einzelnen Unternehmen sind zwar rechtlich, nicht jedoch wirtschaftlich selbständig. Die amtlichen Statistiken erfassen die kleinsten rechtlich selbständigen Einheiten, aber nicht den Verbund. In der Konsequenz wird der Anteil der Großunternehmen unterschätzt. Analysen der Bilanzdatenstatistik der Bundesbank weisen einen Anteil Konzern unabhängiger KMU von 93,5 % aus.³

³ Andere Untersuchungen kommen zu vergleichbaren Ergebnissen: Nach ZEW-Analysen sind an 10 % der deutschen Unternehmen andere Unternehmen beteiligt (Basis: Im ZEW-Gründungspanel erfasste wirtschaftsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland zum Ende des Jahres 2002). Das IfM-Bonn ermittelte einen Anteil unabhängiger KMU von 95 %; Günterberg, Wolter 2002.

Der kleine Anteil abhängiger Unternehmen ist jedoch irreführend. Entscheidend sind die Anteile an Wertschöpfung und Beschäftigung unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen. Testrechnungen der Monopolkommission für den deutschen Lebensmittelhandel zeigen die Größenordnung der Unterschätzung der Bedeutung großer Unternehmen auf, sofern für Konzernverflechtungen nicht kontrolliert wird. So wird der Marktanteil der zehn größten Anbieter einschließlich der verbundenen Unternehmen auf 75 bis 82 % beziffert, ohne Einbeziehung verbundener Unternehmen liegt er lediglich bei 41 % (Monopolkommission 2002: 17). Eine exakte Angabe des Beschäftigungsanteils der KMU unter Berücksichtigung rechtlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der Unternehmen ist mit den vorhandenen Datenquellen nicht möglich.⁴

3. Beschäftigungsbeitrag der KMU: Empirische Ergebnisse

3.1 Status Quo

Dem Erwerbstätigenkonzept des Statistischen Bundesamtes im Mikrozensus folgend (Kasten 1) arbeiteten im Jahr 2000 gut 51 % der Erwerbstätigen in ihrer Haupttätigkeit in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten. Werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der IAB-Betriebsdatei betrachtet, kommt man dagegen auf einen Anteil von 43 % (Übersicht 1).⁵ Der Unterschied zum Mikrozensus ist im Wesentlichen auf die fehlende Erfassung von Selbständigen zurückzuführen. Diese sind fast ausschließlich in mittelständischen Unternehmen tätig. Werden zusätzlich Betriebe mittlerer Größe mit einbezogen, arbeiteten im Jahr 2000 etwa 79 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten.

Das IfM Bonn schätzt den Beschäftigungsbeitrag der KMU indem es die IAB-Betriebsdatei mittels einer aus der Arbeitstättenzählung von 1987 abgeleiteten Relation in Unternehmenszahlen transformiert. Ergänzend werden Korrekturrechnungen durchgeführt (z.B. Zurechnung nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigter). Auf dieser Grundlage ergibt sich ein Anteil des Mittelstandes an der Beschäftigung im Jahr 2000 von 69,7 % (Günterberg, Wolter 2002).

Zusätzlich verfolgen wir einen weiteren Ansatz; dazu verwenden wir die Umsatzsteuerstatistik. Hier weisen KMU beim steuerbaren Umsatz im Jahr 2000 einen Anteil von 43 % auf. Aufgrund der höheren Arbeitsproduktivität (Um-

⁴ Keine der vorhandenen Datenquellen kann eine Antwort darauf geben, welche Größenstruktur sich bei Berücksichtigung von Unternehmensverflechtungen ergibt. Eine solche Analyse wird am ehesten mit dem im Aufbau befindlichen Unternehmensregister möglich sein; vgl. hierzu Feuerstack 2001.

⁵ Die Autoren danken Herrn Dr. Udo Brixy vom IAB für die Aufbereitung und Bereitstellung des Datenmaterials aus der IAB-Betriebsdatei und für seine wertvollen Hinweise.

Kasten 2

KMU-Definition des IfM-Bonn		
Unternehmensgröße	Beschäftigte	Umsatz
klein	bis 9	bis 1 Mill. €
mittel	10 bis 499	1 bis 50 Mill. €
groß	500 und mehr	50 Mill. € und mehr

Nach Günterberg, Wolter 2002. 

KMU-Definition der EU-Kommission

Der neuen Empfehlung der Europäischen Kommission zufolge werden Unternehmen ab dem 1. Januar 2005 als KMU gezählt, wenn sie folgende Kriterien erfüllen:

- weniger als 250 Beschäftigte,
- weniger als 50 Mill. € Umsatz oder
- weniger als 43 Mill. € Bilanzsumme,
- eigenständiges Unternehmen, d.h. 25 % oder mehr seines Kapitals oder seiner Stimmrechte dürfen nicht direkt oder indirekt von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden (EU-Kommission 2003).

Die Implikationen dieser engeren Abgrenzung sind eindeutig: Der Beitrag von KMU zu Beschäftigung und Wertschöpfung ist danach geringer als nach der bisherigen. Deutschland hat u.a. einen vergleichsweise starken industriellen Mittelstand, der bei Anwendung der EU-Definition ausgeblendet wird. 

satz je Beschäftigten) von Großunternehmen⁶ ist der Beschäftigungsanteil der KMU in jedem Fall höher als deren Anteil am Umsatz. Auf Basis von KfW-Daten und unter Berücksichtigung des in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesenen Umsatzanteils der KMU von 43 % ermitteln wir einen Beschäftigungsanteil im Bereich zwischen 60 % bis 74 %.⁷

Bei Anwendung der neuen EU-Definition von KMU (Kasten 2) würde der Beschäftigungsanteil der KMU noch geringer ausfallen, weil dann nur noch eigenständige Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten zu den KMU zählen.

⁶ In der Literatur finden sich sehr unterschiedliche und oft auf Teilmengen der Wirtschaft begrenzte Angaben zur Arbeitsproduktivität. Ragnitz (1999) errechnet beispielsweise für ostdeutsche Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, dass Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten eine um den Faktor 1,7 höhere Produktivität aufweisen als die mit 20 bis 49 Beschäftigten. Eigene Berechnungen auf Grundlage des Mannheimer Innovationspanels ergeben einen ähnlichen Wert. Dhawan (2001) hingegen ermittelt für börsennotierte amerikanische Unternehmen, dass kleine um 15 bis 42 % produktiver sind als große. Die Konzentration auf börsennotierte Unternehmen stellt jedoch eine Positiv-Selektion von wachstumsstarken, hochproduktiven Kleinunternehmen dar und ist nicht repräsentativ.

⁷ Die umfassendste Basis zur Berechnung der Arbeitsproduktivität bieten das KfW-Mittelstandspanel und die KfW-Bilanzstatistik. Auf dieser Grundlage berechneten wir für das Verhältnis der Arbeitsproduktivität größer zu KMU eine Spannweite von 2 bis 3,75.

3.2 Zeitliche Veränderung nach Größenklassen

Im Folgenden befassen wir uns mit der Veränderung des Beschäftigungsanteils der kleinen und mittleren Betriebe (KMB) seit den achtziger Jahren. Zur Einordnung der Anteile gilt das Augenmerk zunächst der absoluten Bestandsveränderung (Zugang und Abgang) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Schaubild 1). In den alten Bundesländern ist zwischen 1992 und 1997 ein deutlicher Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beobachtbar, die Abgänge nehmen gegenüber den Vorjahren deutlich zu. Die Zahl neu eingestellter Arbeitnehmer sinkt zwar nach dem Ende des Vereinigungsbooms, ist aber seit 1993 stabil. Ab 1997 nimmt sie dann wieder zu. Ein Jahr darauf gehen auch die Abgänge zurück. Der Beschäftigungsrückgang ist folglich auf den überdurchschnittlich starken Abbau von Beschäftigung durch Schrumpfung bzw. Schließung von Betrieben zurückzuführen. Die Entwicklung in den neuen Ländern ist in den ersten Jahren von der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft gekennzeichnet. Prägend hierfür sind die hohen Fluktuationen, d.h. es werden in Relation zur Beschäftigung viele Arbeitnehmer neu eingestellt bzw. entlassen. Die Zugänge verringern sich aber nahezu kontinuierlich bis zum Jahr 2002, während die Zahl der Abgänge nach 1995 zunächst wieder ansteigt und ab 1998 auf dem erreichten Niveau verharret. Die Folge ist ein deutlicher Beschäftigungsrückgang seit 1995. Im Westen dagegen steigt die Beschäftigung zwischen 1998 und 2001.

In Schaubild 2 ist die Verteilung der Beschäftigung in den Jahren 1984 bis 2002 nach Größenklassen abgebildet. Unser besonderes Interesse gilt den kleinen (< 50 Beschäftigte) und mittleren Betrieben (50 bis 499). Die Verschiebung in der Betriebsgrößenstruktur zeigt einen klaren Trend zur Dezentralisierung der Beschäftigung. So steigt der Anteil der Beschäftigten in KMB an der Gesamtzahl der Beschäftigten in den alten Bundesländern von 72 % im Jahr 1984 auf 77 % im Jahr 2002. In den neuen Ländern nimmt er in den ersten Jahren deutlich zu; zum Ende des Untersuchungszeitraums wird ein Anteil von knapp 86 % erreicht. Bekanntermaßen haben vergleichsweise wenige große Betriebe ihren Standort in den neuen Ländern. Dies unterstreicht die dort wichtige Rolle der KMB als Arbeitgeber. Schließlich fällt auf, dass KMB in den neuen Ländern seit 1997 und in den alten seit 1999 den Anteil nicht mehr weiter ausbauen können.

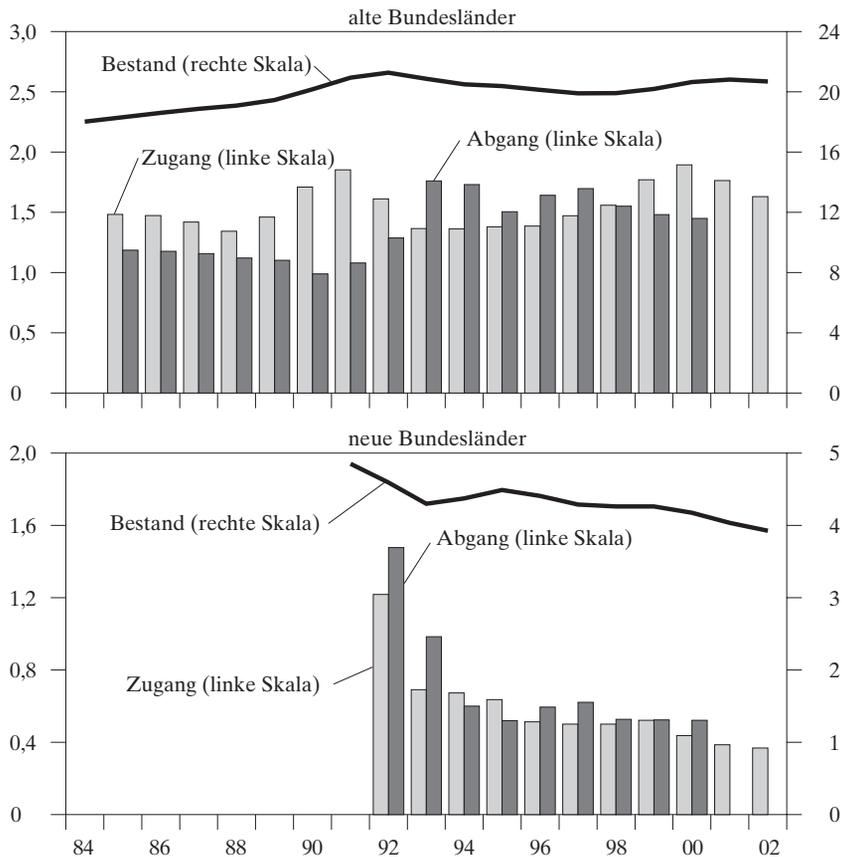
Die skizzierte Verschiebung der Betriebsgrößenstruktur zeigt sich auch bei eigenen Berechnungen auf Basis des Mikrozensus. Demzufolge nahm der Anteil der Erwerbstätigen in kleinen Betrieben⁸ an allen Erwerbstätigen von 49,6 % im Jahr 1996 auf 51,3 % im Jahr 2000 zu. Die Frage ist, ob sich ähnliches auch auf der Unternehmensebene zeigt.

⁸ Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass im Mikrozensus zwar Klein-, nicht jedoch mittlere Betriebe abgegrenzt werden können.

Schaubild 1

Bestand, Zugang und Abgang¹ bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben

1984 bis 2002; in Mill.



Eigene Berechnungen; Sonderauswertung der IAB-Betriebsdatei. – ¹Angaben zum Abgang liegen lediglich bis zum Jahr 2000 vor, da ein Betrieb erst dann als geschlossen markiert wird, wenn er drei Jahre in Folge nicht mindestens einen Beschäftigten meldet. Abgang: Verluste aufgrund Schrumpfung oder Schließung; Zugang: Gewinne aufgrund Gründung oder Expansion.

RWI
ESSEN

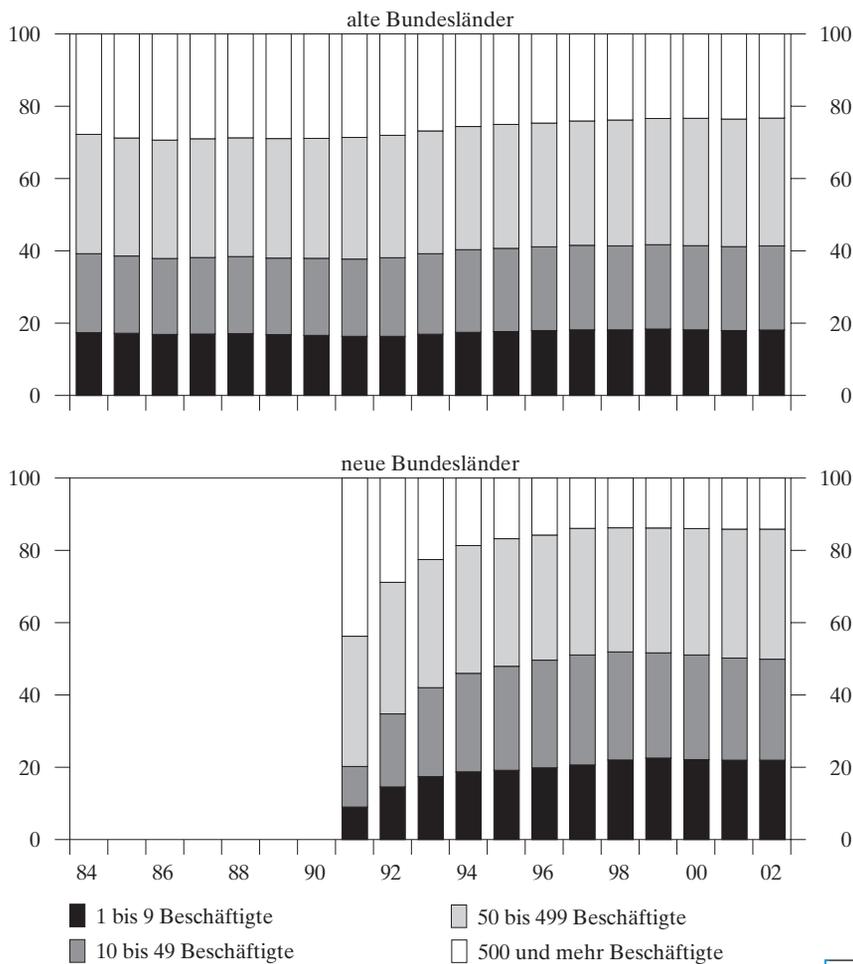
Berechnungen auf Basis der Umsatzsteuerstatistik zeigen ein umgekehrtes Ergebnis: So verringert sich der Anteil der KMU (weniger als 50 Mill. € Umsatz) am steuerbaren Umsatz in Deutschland von 48 % im Jahr 1996 auf 42 % im Jahr 2001 deutlich (Schaubild 3).⁹

Von einem Anteilrückgang der KMU am steuerbaren Umsatz darf aber nicht ohne Weiteres auf einen Rückgang bei der Beschäftigung geschlossen werden.

Schaubild 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen

1984 bis 2002; Anteil in %



Eigene Berechnungen; Sonderauswertung der IAB-Betriebsdatei.



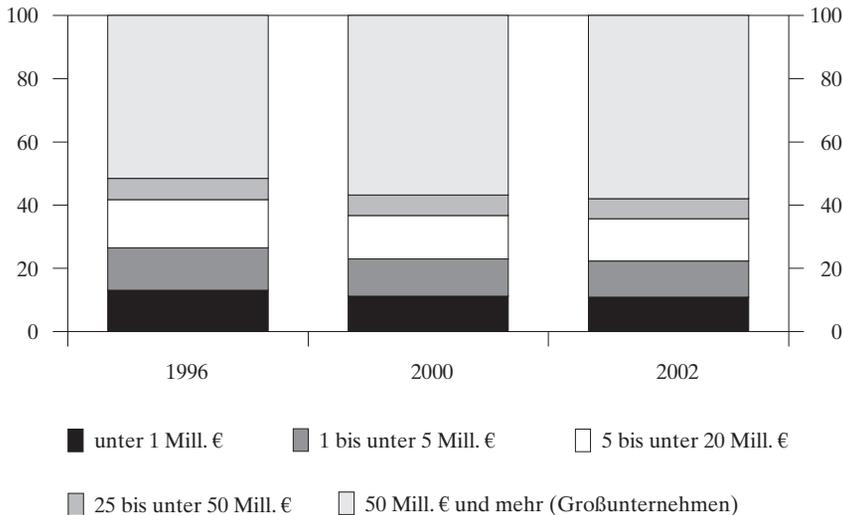
Dazu wäre eine sehr hohe Korrelation zwischen der Umsatz- und der Beschäftigungsentwicklung erforderlich, die sich jedoch in den Mikrodaten nicht beobachten lässt. Den Auswertungen des KfW-Mittelstandspanels zufolge be-

⁹ Ein geringer Anteil der Änderung kann auch auf die Einführung des Euro zurückgeführt werden. Unsere Analyse bezieht neben der Privatwirtschaft auch öffentliche Dienstleistungen mit ein. Der Anteil der KMU ändert sich dadurch aber nur geringfügig.

Schaubild 3

Umsatz in Deutschland nach Unternehmensgrößenklassen

1996 bis 2001; Anteil in %



Eigene Berechnungen nach Angaben der Umsatzsteuerstatistik; alle Wirtschaftszweige inkl. Staat.



trägt der Korrelationskoeffizient zwischen dem Umsatz- und Beschäftigungswachstum nur 0,08.¹⁰ Bei einzelnen Größenklassen steht dem Umsatzwachstum sogar ein Beschäftigungsrückgang gegenüber. Auch bei europäischen KMU zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung von Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung.¹¹ Schätzungen von KPMG et al. (2002) zu Folge haben KMU in Deutschland zwischen 1988 und 2001 zwar ein geringeres Wachstum der realen Wertschöpfung, dafür aber ein höheres Beschäftigungswachstum als Großunternehmen. Diese gegensätzliche Entwicklung überrascht nicht: Aufgrund ihrer starken Exportorientierung haben Großunternehmen weniger unter der Flaute der Binnenkonjunktur gelitten als der Mittelstand. Zudem konnten die Vorteile der Verschlankeung und Automatisierung der Pro-

¹⁰ Während Umsatz- und Beschäftigtenwachstum kaum miteinander korrelieren, ist der Zusammenhang zwischen den Niveaugrößen durchaus signifikant (Pearson Korrelation; $p < 0,01$). Darum kann der Umsatz (mit einem Umrechnungsfaktor) als Näherung für die Beschäftigtenzahl verwendet werden.

¹¹ Allerdings sollte dieses Ergebnis mit gewisser Vorsicht interpretiert werden. KPMG et al. (2002: 40) schätzen zunächst die Umsatzentwicklung und Wertschöpfung unter Zuhilfenahme makroökonomischer Nachfrageindikatoren. Anschließend wird die Beschäftigungsentwicklung auf Grundlage des geschätzten Wachstums der Wertschöpfung, des realen Lohnsatzes und einer negativen Konstanten zur Approximation des arbeitssparenden technischen Fortschritts geschätzt.

duktionsprozesse eher von Großunternehmen als von KMU genutzt werden. Die Produktivitätsunterschiede zwischen KMU und Großunternehmen sollten im Zeitablauf eher zugenommen haben.

Es lässt sich festhalten, dass die Umsatzentwicklung nach Größenklassen im Aggregat und erst Recht auf der Mikroebene offenbar kein guter Indikator der größenklassenspezifischen Beschäftigungsentwicklung ist. Folglich kann aus der Veränderung der Umsatzanteile nicht geschlussfolgert werden, dass der Beschäftigungsanteil der KMU zurückgegangen ist. Die Auswertung der IAB-Betriebsdaten legt eine Zunahme des Beschäftigtenanteils von kleinen und mittleren Betrieben nahe. Auch wenn ein Teil dieser Veränderung Ergebnis einer formalen Umstrukturierung darstellt, gehen wir auf Basis unserer Untersuchungen davon aus, dass auch ein nennenswerter Teil auf einen realen Bedeutungsgewinn der KMU zurückzuführen ist.

3.3 Zu- und Abgänge von Beschäftigung

Die Anteilszunahme der kleinen und mittleren Betriebe an der Beschäftigung resultiert aus der unterschiedlichen Relation der Zugänge zu den Abgängen bei ihnen und den großen Betrieben. Zunächst interessiert uns der Nettoeffekt, d.h. die Differenz aus beiden Komponenten differenziert nach Größenklassen (Schaubild 4). Zwischen 1993 und 1997 sind die absoluten Nettobeschäftigungsbeiträge für mittlere und größere Betriebe deutlich negativ. In den Jahren zuvor waren sie hingegen oft positiv. Kleine Betriebe verzeichneten dagegen durchweg einen Beschäftigungszuwachs. Ihr positiver Nettobeitrag ist in Folge des Vereinigungsbooms Anfang der neunziger Jahre besonders hoch und übertrifft den der Großunternehmen meist um ein Vielfaches. In den Folgejahren bauen große und mittlere Betriebe in erheblichem Umfang Beschäftigung ab, während kleine Betriebe weiterhin Nettozuwächse vorweisen. Sie erreichen 1999 und 2000 fast die „Rekordmarken“ des Vereinigungsbooms.

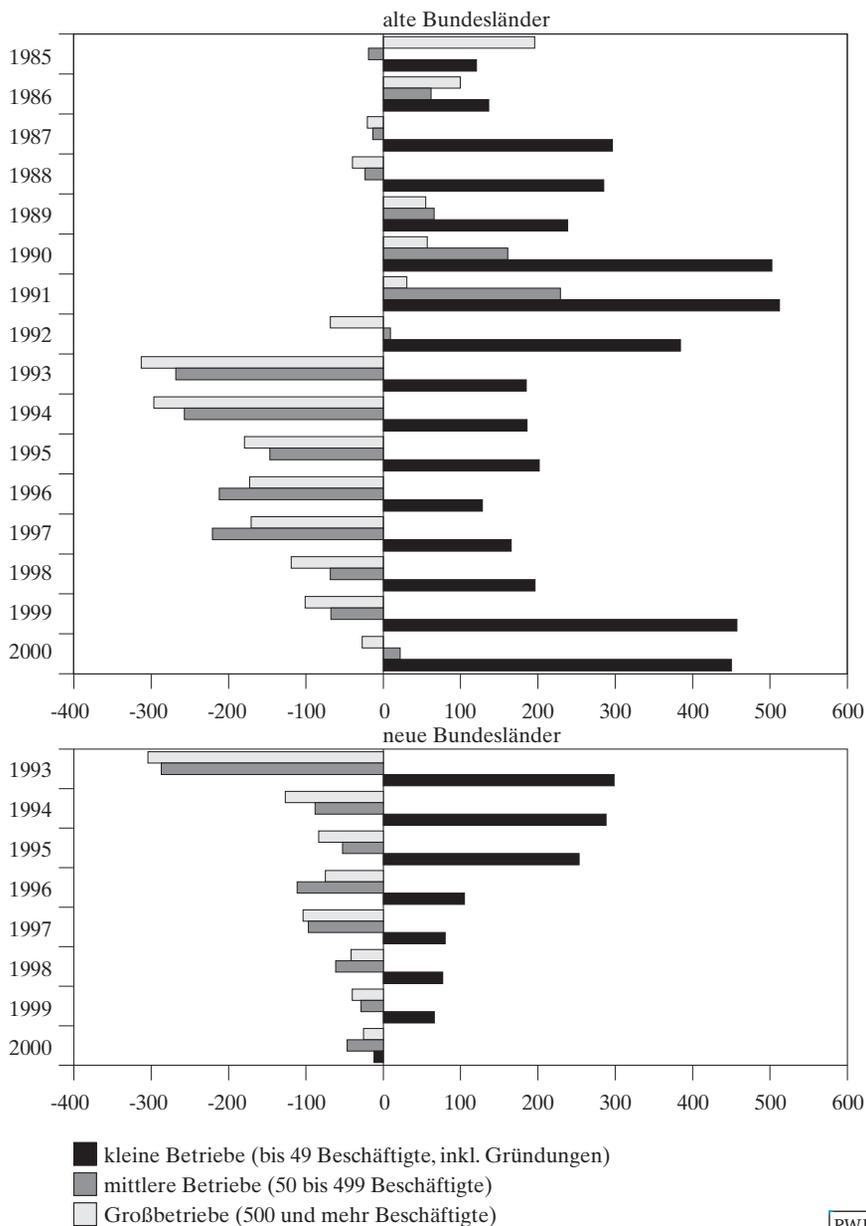
In den neuen Ländern beobachten wir bei kleinen Betrieben erstmals im Jahr 2000 einen Nettobeschäftigungsverlust, während große und mittlere Betriebe jedes Jahr Beschäftigung abbauen. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass es ausschließlich kleine Betriebe waren, die nach dem Ende des Vereinigungsbooms netto zu mehr Beschäftigung beitrugen. Große aber auch mittlere Betriebe bauten hingegen Beschäftigung ab.

Der geringere, zum Teil negative Nettobeschäftigungsbeitrag mittlerer und großer Betriebe kann zum einen auf einen stärkeren Abbau von Beschäftigten aufgrund von Schrumpfung oder Schließung, zum anderen auf einen schwächeren Aufbau von Beschäftigung in expandierenden Betrieben zurückgeführt werden. Schaubilder 5 bis 8 legen nahe, dass beides zutrifft.

Schaubild 4

Jährlicher Nettobeschäftigungsbeitrag nach Größenklassen

1985 bis 2000; in 1000



Eigene Berechnungen; Sonderauswertung der IAB-Betriebsdatei.

Kasten 3

Methodische Anmerkung zur Bestimmung der Zahl neuer und abgebauter Arbeitsplätze

Die Indikatoren zur Messung von Beschäftigungsgewinnen aufgrund Gründung und Wachstum und von -verlusten in Folge Schrumpfung und Schließung sollte im Idealfall nur solche Fälle umfassen, bei denen sich der betriebliche Faktoreinsatz von Arbeit tatsächlich verändert hat, d.h. bei denen eine rein organisatorische Veränderung wie die Verlagerung oder Auslagerung von Tätigkeiten nicht vorliegt. Großunternehmen waren und sind teilweise immer noch bestrebt, Geschäftsbereiche zu verselbständigen, um die Vorteile kleiner, dezentraler Einheiten zu nutzen. Die entstehenden Tochtergesellschaften, Zulieferunternehmen und Niederlassungen stellen auf der einen Seite einen Zugang als „Neuer Betrieb“ im Datensatz dar. Auf der anderen Seite verringert sich im selben Jahr die Beschäftigung in dem Betrieb, von dem diese Ver- und Auslagerung ausging. Im Extremfall reduziert sich die Beschäftigung auf Null und der ursprüngliche Betrieb wird als geschlossen markiert.

Eine Information darüber, wie viele der Zu- und Abgänge aus der Beschäftigung auf reine Umstrukturierungsmaßnahmen zurückzuführen sind, liegt nicht vor. Da solche Betriebe in der Regel vergleichsweise groß sind, bietet sich als Näherungslösung eine Abgrenzung nach dem Beschäftigungskriterium zum Zeitpunkt des erstmaligen Auftauchens einer neuen Betriebsnummer an. Für neue Betriebe mit 20 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird daher angenommen, dass diese mit hoher Wahrscheinlichkeit in Folge einer Umstrukturierung entstanden sind. Die von diesen Betrieben gemeldete Zahl von Beschäftigten stellt keinen tatsächlichen Beschäftigungsgewinn dar und ist demzufolge nicht zu berücksichtigen. Da diese Zahl aber bereits als Abgang von Beschäftigten gebucht worden ist, muss die Zahl der Abgänge noch entsprechend korrigiert werden.

Informationen über die größenspezifische „Betroffenheit“ von Umstrukturierungen liegen nicht vor. Als nächst beste Lösung verbleibt daher der proportionale Abzug. So wird die Zahl der abgebauten Arbeitsplätze in jeder Branche und Größenklasse genau um die Zahl reduziert, die sich aus der Multiplikation des jeweiligen Anteils an allen abgebauten Arbeitsplätzen mit der Zahl von Beschäftigten in neuen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ergibt. Die tatsächliche Zahl neuer bzw. abgebauter Arbeitsplätze, welche rein organisatorische Umstrukturierungen ausklammert, dürfte auf diese Weise wesentlich genauer ermittelt werden.



Schaubild 5 stellt die Verteilung des Zugangs an Beschäftigten aufgrund von Gründung und Wachstum nach Größenklassen dar. Zum besseren Verständnis der Anteilsverschiebung ist in Schaubild 6 die absolute Zahl der Zugänge an Beschäftigten für jede Größenklasse angegeben. Entfallen auf Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten im Jahr 1985 in den alten Bundesländern nur 60 % aller Zugänge, so wurde 1994 der Spitzenwert von 76 % erzielt. Danach nimmt der Anteil kleinerer Betriebe jedoch wieder etwas ab und erreicht 2001 68 %. Ein Jahr später steigt er – möglicherweise konjunkturell bedingt – wieder auf 73 %.

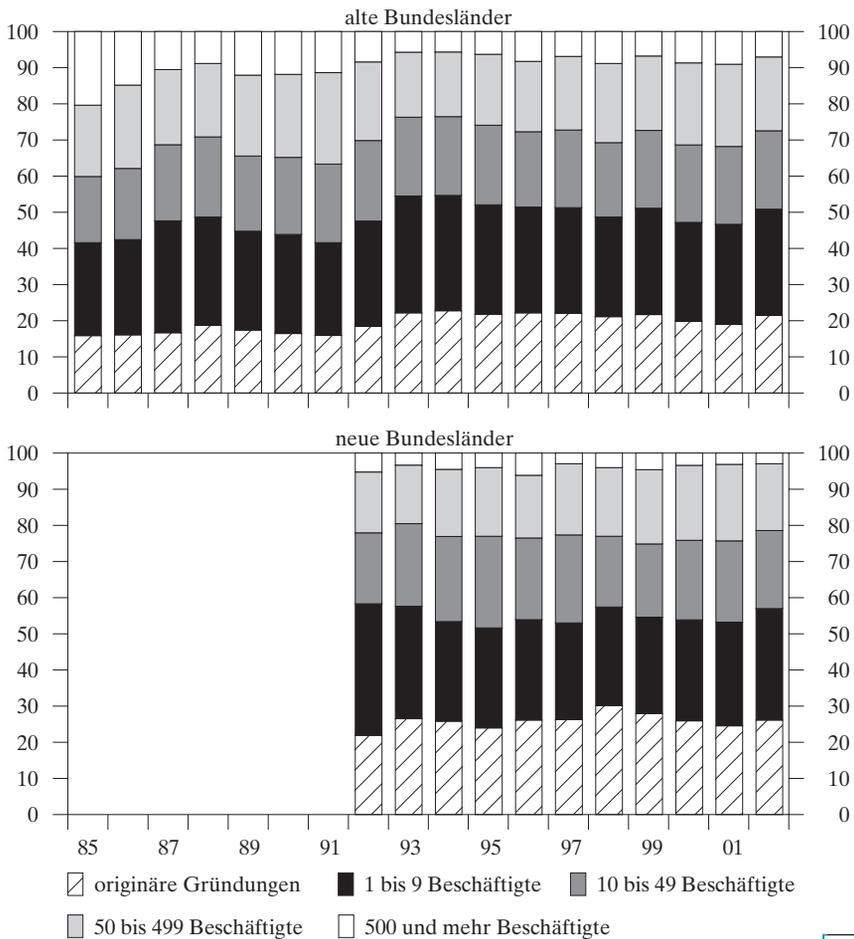
Kleineren Betrieben kommt also offenbar in Rezessionsphasen eine höhere Bedeutung als Puffer für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu. Der Rückgang in 1992/93 und 2002 fällt nämlich in den mittleren und großen Betrieben sehr viel stärker aus als in den kleinen.¹² Die Zahl neuer Beschäftigungsverhältnisse durch originäre Gründungen nimmt sogar zu (Schaubild 6). Der Abwärtstrend, der bei den kleinen Betrieben und den Gründungen im Jahr 2002 abgebremst bzw. gestoppt zu sein scheint, hat dort allerdings früher (bereits 1999)

¹² Es sei darauf hingewiesen, dass der Nettobeschäftigungseffekt der kleinen Betriebe in den betrachteten Rezessionsphasen abgenommen hat. Gleichwohl bleibt er positiv.

Schaubild 5

Zugang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgrund von Gründungen und Betriebswachstum

1985 bis 2002; Anteil in %



Eigene Berechnungen; Sonderauswertung der IAB-Betriebsdatei.



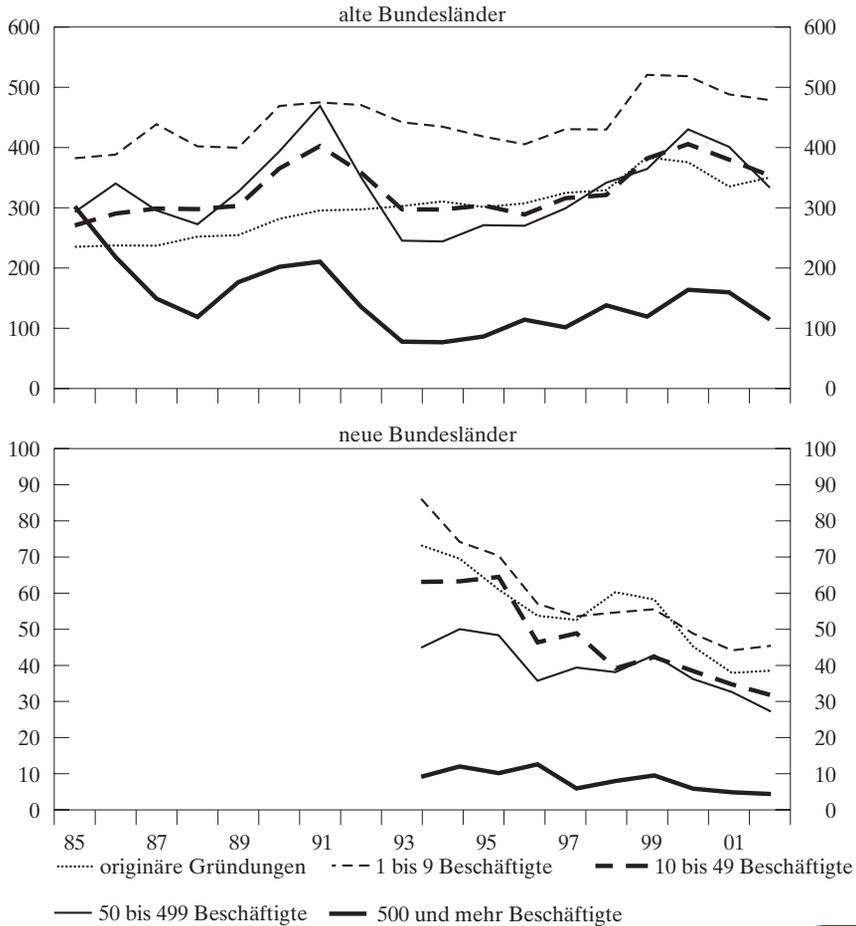
begonnen. Mittlere und große Betriebe hingegen konnten noch bis 2000 Beschäftigten einstellen.

In den neuen Ländern sind zum Teil zwar deutliche Verschiebungen innerhalb der Gruppe der KMB auszumachen, ihr Anteil insgesamt an den Beschäftigungszugängen aufgrund von Gründungen und Wachstum verändert sich jedoch nur wenig und beträgt im Jahr 2002 79 %.

Schaubild 6

Zugang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgrund von Gründungen und Betriebswachstum

1985 bis 2002; in 1000



Eigene Berechnungen; Sonderauswertung der IAB-Betriebsdatei.



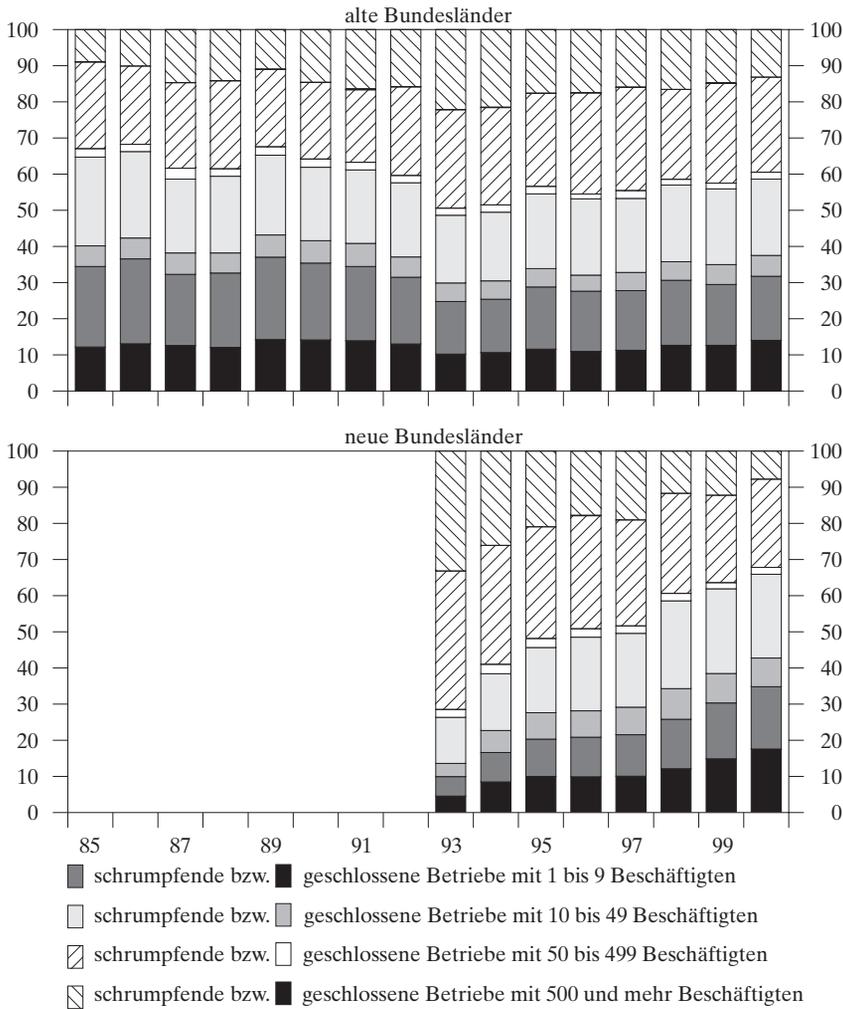
Ein besonderes Augenmerk richtet sich auf die originären Gründungen¹³. So-
wohl gemessen an der absoluten Zahl neuer Beschäftigungsverhältnisse als
auch am Anteil hat die Bedeutung von Betriebsgründungen im Beobach-
tungszeitraum zugenommen. So stieg deren Zahl in westdeutschen Gründun-
gen von unter 240 000 (ca. 16 % aller neuen Beschäftigungen) Mitte der acht-

¹³ Originäre Gründung: Erstmalige Errichtung einer neuen betrieblichen Faktorkombination.

Schaubild 7

**Abgang aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
aufgrund von Betriebsschließungen und Schrumpfung**

1985 bis 2000; Anteil in %



Eigene Berechnungen; Sonderauswertung der IAB-Betriebsdatei.



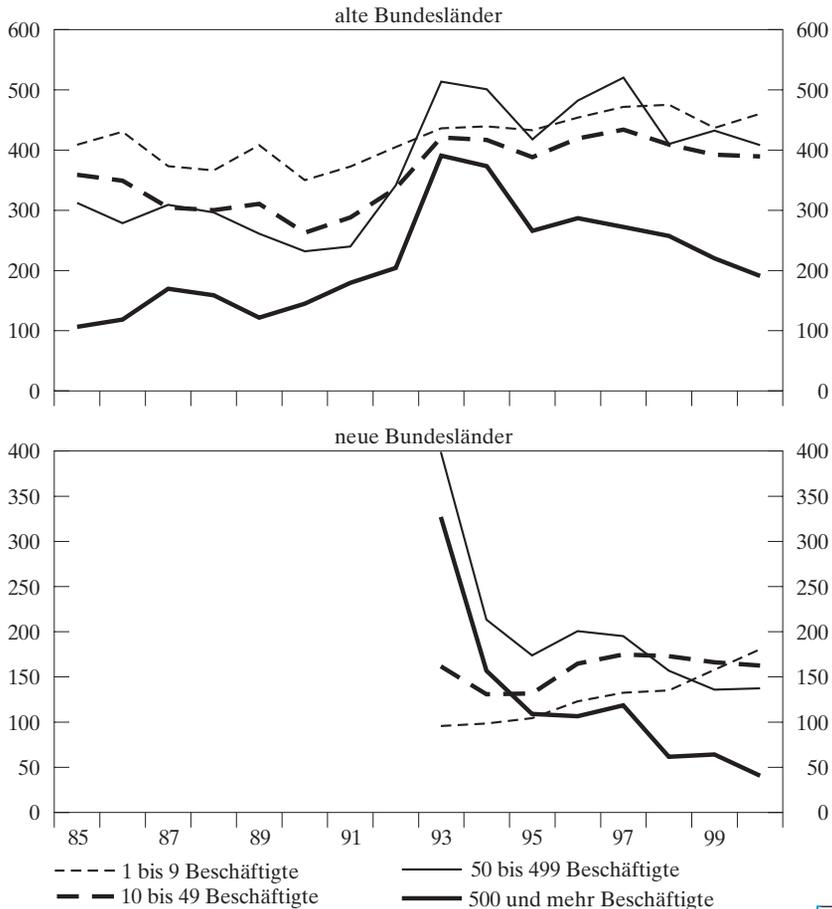
ziger auf über 300 000 seit Mitte der neunziger Jahre. Damit entfallen auf Gründungen 19 % bis 22 % aller Beschäftigungsgewinne.

Umgekehrt hat sich der Anteil kleiner Betriebe an den Beschäftigungsverlusten aufgrund von Schrumpfung und Schließung im Westen von 65 % im Jahr

Schaubild 8

Abgang aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aufgrund von Betriebsenschließungen und Schrumpfungen

1985 bis 2000; in 1000



Eigene Berechnungen; Sonderauswertung der IAB-Betriebsdatei.



1985 auf knapp 49 % im Jahr 1993 verringert (Schaubild 7). Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere die in den Jahren 1987 sowie 1992/93 zu beobachtenden massiven Rückgänge bei mittleren und großen Betrieben. Absolut gesehen nahmen die Beschäftigungsverluste aufgrund Schrumpfung und Schließung bei kleineren Betrieben zwar zu, aber nicht so deutlich wie in den anderen Größenklassen. Seit 1997 nehmen die Verluste bei großen Betrieben wieder ab. Dies und die Zunahme bei der Zahl neuer Beschäftigungen in wachsenden mittleren und großen Betrieben bis 2000 deuten auf einen positi-

ven Beitrag mittlerer und großer Betriebe bei günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen hin. Im Osten ist ein seit 1993 kontinuierlich zunehmendes Sterben der kleinen Betriebe zu beobachten. Deren Anteil an den Beschäftigungsverlusten erhöhte sich 1999 und 2000 beträchtlich. Der Grund hierfür liegt möglicherweise im Ausscheiden vieler zwischen 1990 und 1993 gegründeter Betriebe; denn gerade im kritischen sechsten und siebten Jahr ist die durchschnittliche Scheiterwahrscheinlichkeit besonders hoch (Prantl 2003).

3.4 Zwischenfazit

Bisher existiert keine Datenquelle, die eine exakte Bestimmung des Beschäftigungsbeitrags von KMU zulässt. Die IAB-Betriebsdatei und die Umsatzsteuerstatistik sind noch am ehesten geeignet, sich diesem zu nähern. Gleichwohl weisen beide Datensätze wie erläutert Defizite auf. Der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in KMB (weniger als 500 Beschäftigte) stieg zwischen 1991 und 2002 in Westdeutschland von 72 % auf 77 % und in Ostdeutschland von 56 % auf 86 %. Unsere weiteren Analysen legen nahe, dass zwischen 60 % bis 74 % der Erwerbstätigen in Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten arbeiten. Der Anteil ist deutlich geringer, wenn die neue KMU-Definition der EU zu Grunde gelegt wird.

Die Anteilsveränderung im Zeitverlauf belegt einen Trend hin zu einer Dezentralisierung der Beschäftigung. Größere, aber auch mittlere Betriebe bauten netto zwischen 1993 und 2000 Beschäftigung ab. Ein Teil der Anteilsveränderung ist allerdings Ergebnis einer Aufspaltung großer Betriebe in sehr kleine und stellt damit keinen Bedeutungsgewinn von KMB dar. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass die Zahl der KMU in den neunziger Jahren zunahm und diese ein höheres Beschäftigungswachstum hatten als Großunternehmen. Folglich nahm der Beschäftigungsanteil der KMU in den neunziger Jahren real zu.

4. Mittelfristiger Beschäftigungsbeitrag von Gründungen

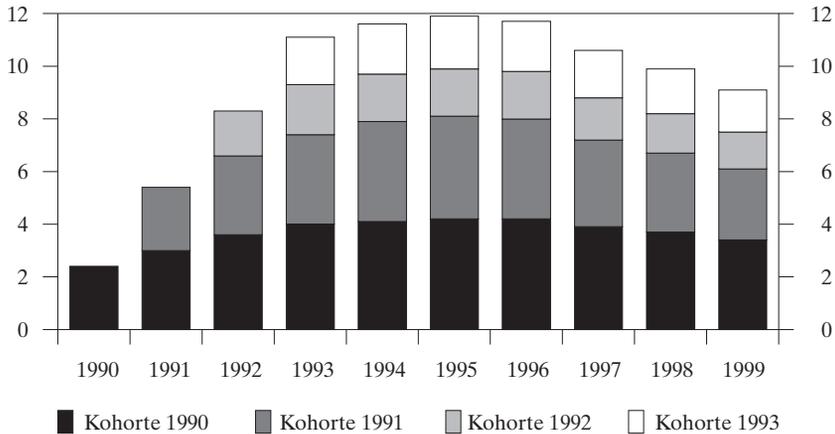
Die Zahl der Beschäftigten eines Gründungsjahrgangs (sog. Gründungskohorte) kann sich gerade in den ersten Jahren nach der Gründung stark verändern. Viele Gründungen scheiden aus dem Markt bereits nach kurzer Zeit aus, während andere Beschäftigung aufbauen. Nachdem wir in Abschnitt 3 den Beschäftigungsbeitrag neuer Betriebe zum Gründungszeitpunkt dargestellt haben, widmen wir uns im folgenden Abschnitt dem mittelfristigen Beschäftigungsbeitrag von neuen Unternehmen. Als Datenbasis verwenden wir hierfür die Angaben der ZEW-Gründerstudie.¹⁴

¹⁴ Nach der Hochrechnung auf die Grundgesamtheit des ZEW-Gründungspanels eignen sich die Daten der Gründerstudie als Grundlage für gesamtwirtschaftliche Aussagen. Die ermittelte

Schaubild 9

Anteil der Gründungskohorten 1990 bis 1993 an den Erwerbstätigen

1990 bis 1999; in %



Nach Angaben der ZEW-Gründerstudie. Die (auf Basis des ZEW-Gründerpanels hochgerechnete) jährliche Beschäftigung der Kohorten wurde jeweils auf die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt bezogen. Die Zahl der Erwerbstätigen der in der ZEW-Gründerstudie nicht betrachteten Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Staat, Exterritoriale) wurde nicht berücksichtigt.



Schaubild 9 zeigt die Anteile der Beschäftigten der vier Gründungskohorten 1990 bis 1993 an allen Erwerbstätigen. Der Untersuchungszeitraum reicht bis 1999. Betrachtet man zunächst jede Kohorte für sich, so wird deutlich, dass die Anteile, die auf die jeweiligen Kohorten entfallen, im Zeitverlauf kurzfristig zunehmen, mittelfristig aber wieder sinken. Der Beitrag einer Gründungskohorte zur Erwerbstätigkeit folgt somit dem Verlauf eines inversen „U“. Der Beschäftigungsaufbau durch stark wachsende Unternehmen einer Kohorte übersteigt also zunächst den Abbau schrumpfender und aus dem Markt ausscheidender Unternehmen. Anschließend schwächt sich das Wachstum der prosperierenden Unternehmen jedoch ab; der Beschäftigungsaufbau wird dann durch die Verluste schrumpfender Unternehmen und durch das in späteren Phasen verstärkte Ausscheiden von Unternehmen überkompensiert.¹⁵

Insbesondere die Anteile der Kohorten 1990 und 1991 sind deutlich höher, als normalerweise zu erwarten wäre. Sie haben ihren Ursprung darin, dass beide Jahre durch eine Sonderkonjunktur geprägt waren, die durch die deutsche Wiedervereinigung initiiert wurde. Durch das quasi „Nicht-Bestehen“ eines

Zahl der Beschäftigten (inkl. der Gründer) in neuen bzw. jungen Unternehmen wird in Relation zur Zahl der Erwerbstätigen insgesamt gesetzt.

¹⁵ Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen z.B. Grotz, Brixy (2002) und Kay (2003).

wettbewerbsfähigen Unternehmensbestandes in den neuen Bundesländern ergab sich ein so genanntes start up-Window, d.h. es boten sich eine Vielzahl von Chancen, unternehmerisch aktiv zu werden. Die Gründungen in diesen Jahren hatten zudem beste Wachstumsvoraussetzungen. Letzteres manifestiert sich im ausgesprochen hohen Anteil an den Erwerbstätigen selbst viele Jahre nach dem Gründungszeitpunkt. Die geringeren Anteile der Kohorten 1992 und 1993 sind daher nicht verwunderlich. Sie sind darüber hinaus vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass in diesen Gründungsjahren die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen (BIP-Wachstum) von einer Rezession geprägt waren. Die in den Jahren der Gründung vorherrschenden Bedingungen üben direkt Einfluss auf die spätere Entwicklung der gegründeten Unternehmen aus.¹⁶ Ungünstige Gründungsbedingungen beeinflussen negativ die Wachstums- und Überlebenschancen neuer Unternehmen.¹⁷ Allerdings verläuft die Kurve flacher, um so schlechter die Gründungsbedingungen sind.

Die Zahl der Beschäftigten in jungen Unternehmen ist durchaus beachtlich. Zählt man alle maximal vier Jahre alten Unternehmen zur Gruppe junger Unternehmen, sind das im Jahr 1993 immerhin 11 % aller Erwerbstätigen. Dieser Anteil dürfte zum Ende der neunziger Jahre allerdings etwas geringer sein. Zwar gab es auch zwischen 1996 und 1998 eine Gründungswelle. Hinsichtlich ihres Ausmaßes ist sie jedoch nicht annähernd so groß wie die zu Beginn der neunziger Jahre.

5. Beschäftigungsbeitrag von Selbständigen

Eng verwoben mit dem Thema KMU ist die Rolle der Selbständigen, an die sich hohe beschäftigungspolitische Erwartungen richten. Aussagen zur Selbständigkeit sind am ehesten anhand der Daten des Mikrozensus (Kasten 1) möglich. In den IAB-Daten werden Betriebe von Selbständigen nur dann berücksichtigt, wenn mindestens eine Person als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet ist. Werden diese Personen entlassen, wird der Betrieb nach gewisser Zeit als Betriebsschließung markiert, obwohl die selbständige Person möglicherweise weiterhin ihrer Tätigkeit nachgeht. Tatsächlich zeigen die Daten des Mikrozensus, dass jede zweite selbständige Person keine weiteren Beschäftigten einstellt. Von den rund zehn Prozent der selbständigen Erwerbstätigen sind also die Hälfte Solo-Selbständige.

Zur Zahl der Selbständigen insgesamt gibt es uneinheitliche Angaben. Das Statistische Bundesamt ermittelt auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamt-

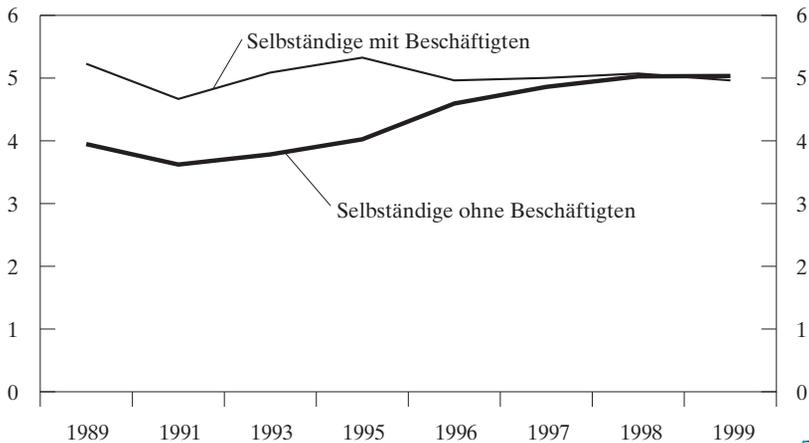
¹⁶ Geroski et al. (2002) beziffern die Zeitdauer, nach welcher die Gründungsbedingungen an Einfluss auf die Überlebenschancen verlieren, auf über zehn Jahre.

¹⁷ Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommt auch Wagner (1999). Kay (2003) fand, dass der direkte Beschäftigungsbeitrag einer Kohorte bereits nach vier bis fünf Jahren die Höhe der Gründungsbeschäftigung unterschreitet. Die Unterschiede in den Ergebnissen sind vor allem auf die Betrachtung verschiedener Gründungskohorten zurückzuführen.

Schaubild 10

Selbständige mit und ohne Beschäftigte

1989 bis 2000; Anteil an allen Beschäftigten in %



Nach Angaben des Mikrozensus; RWI-Stichprobe.



rechnungen einen Anteil von 10,34 % der Erwerbstätigen (2000: 4,001 Mill. Selbständige von 38,681 Mill. Erwerbstätigen) Der Mikrozensus geht von nur 3,641 Mill. Selbständigen im Jahr 2000 aus. Die zu Grunde liegende Grundgesamtheit der Erwerbstätigen beträgt hier 36,604 Mill. (Selbständigenanteil: 9,95 %).

Der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen hat von 1991 bis zum Jahr 2000¹⁸ um 1,7 %-Punkte zugenommen (Schaubild 10). Die Daten des Mikrozensus belegen einen anhaltenden Anstieg des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen. Im Vergleich erhöht sich ihr Anteil von 9,4 % auf 10,3 %. Dieser Zuwachs geht nahezu ausschließlich auf Solo-Selbständige zurück. Mit ihrer zunehmenden Bedeutung geht folglich eine Abnahme des Beschäftigungseffektes durch Selbständige einher. Neben der kontinuierlichen Zunahme des Anteils der Solo-Selbständigen haben die Selbständigen mit Beschäftigten nach einem Einbruch Mitte der neunziger wieder aufgeholt. Ihre Quote wächst seitdem stetig. In Ostdeutschland nimmt dagegen die Quote der Solo-Selbständigen wie die der Selbständigen mit Beschäftigten gleichermaßen zu. Insgesamt stieg der Selbständigenanteil dort von 5,1% (1991) auf 9,0% (2000).

Nebenerwerbsgründungen gewannen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Sie stellen gemäß des KfW-Gründungsmonitors 2002 etwa 60 %

¹⁸ Die aktuellsten verfügbaren Daten des Mikrozensus stammen aus dem Jahr 2000.

aller Gründungen.¹⁹ Diese Unternehmen kennzeichnet unter anderem, dass seltener Arbeitsplätze für weitere Personen geschaffen werden.²⁰ Während unter den Selbständigen im Haupterwerb wie erwähnt jeder zweite weitere Arbeitsplätze schafft, ist dies bei Nebenerwerbsselbständigen nur jeder siebte (Piorkowsky 2001).

6. Fazit

In der öffentlichen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung richten sich viele Hoffnungen auf KMU. Ziel des vorliegenden Beitrags war die Bestimmung des Beschäftigungsbeitrags von KMU in Deutschland. Dazu wird die in Deutschland übliche KMU-Definition zugrunde gelegt, d.h. KMU sind Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten.

Die verfügbaren Daten sind zur Bestimmung des Beschäftigungsbeitrages von KMU nur begrenzt geeignet. Umfassende und differenzierte Daten zur Beschäftigung liegen nur auf Betriebsebene und nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vor. Gerade große Unternehmen können aus mehreren Betrieben bestehen, so dass eine Analyse auf Betriebsebene die Beschäftigungsanteile großer Unternehmen unterschätzt.

Um sich trotzdem dem Beschäftigungsbeitrag von KMU zu nähern, wurden im vorliegenden Beitrag originäre Auswertungen aus verschiedenen Sekundärdatenquellen (Umsatzsteuerstatistik, Mikrozensus, IAB-Betriebsdatei) sowie eigener Datenquellen vorgenommen. Die Analyse der Betriebsdaten zeigt, dass 79 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in einem mittelständischen Betrieb arbeiten. In den zurückliegenden 15 bis 20 Jahren weisen die Betriebsdaten einen deutlichen Trend zu einer Zunahme der Beschäftigung in KMB auf und damit zur Dezentralisierung der Beschäftigung. Der Anteil von KMB an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg zwischen 1991 und 2002 in Westdeutschland von 72 % auf 77 % und in Ostdeutschland von 56 % auf 86 %.

Betriebs- ist aber nicht gleich Unternehmensebene. Unsere Analysen legen nahe, dass der Beschäftigungsanteil der KMU im Bereich zwischen 60 % bis 74 % einzuordnen ist. Die Hoffnungen der Wirtschaftspolitik auf einen hohen Beschäftigungsbeitrag bestätigen sich. Gleichwohl ist der Beschäftigungsbeitrag von KMU geringer als vermutet und häufig ausgewiesen. Die Betriebsdaten überschätzen deutlich den Anteil der KMU. Datenbedingt ist eine Kontrolle für die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten nicht möglich, die nach der neuen KMU-Defini-

¹⁹ Vgl. Kapitel 2 des Mittelstandsmonitors 2004.

²⁰ Nach einer Studie des IfM Bonn (Kay et al. 2001) waren in knapp drei Viertel der Betriebe, die im Nebenerwerb begannen, ausschließlich Inhaber und mithelfende Familienangehörige tätig.

tion der EU gefordert wird. Sofern zusätzlich zur verwendeten Definition von KMU ihre Eigenständigkeit vorausgesetzt wird, fällt der Anteil noch geringer aus.

Der Beschäftigungsbeitrag, d.h. die Differenz aus Zugängen und Abgängen in Beschäftigung, ist bei den kleinen Betrieben durchweg positiv. Bei den größeren, aber auch den mittleren Betrieben übersteigen die Verluste aus Schrumpfung und Schließung deutlich die Gewinne durch wachsende Betriebe im Zeitraum von 1993 bis 2000. Interessant ist aber auch der Blick auf die Einzelkomponenten des Nettobeschäftigungsbeitrags. Neue Arbeitsplätze werden überwiegend von Gründungen und Kleinbetrieben (mit weniger als 50 Beschäftigten) geschaffen. Im Jahr 1985 waren es in Westdeutschland „nur“ 60 %, 1994 immerhin 77 %. Am aktuellen Rand stellen westdeutsche Gründungen und Kleinbetriebe 73 % der Beschäftigungszugänge aufgrund von Gründung und Wachstum. Weitere 20 % finden sich in mittleren Betrieben. In der Summe entfallen 93 % der Beschäftigungszugänge auf kleine und mittlere Betriebe. In Ostdeutschland liegt deren Anteil bei 97 %; Gründungen und Kleinbetriebe schaffen hier allein 79 %. Für Beschäftigungsverluste aufgrund von Schrumpfung und Schließung sind KMB dagegen zu einem etwas geringeren Teil verantwortlich. In Westdeutschland gehen solche Verluste zu 87 % auf das Konto der mittelständischen Betriebe; in Ostdeutschland zu 92 %.

Der Beschäftigungsbeitrag junger Unternehmen ist beachtlich. So stellen maximal vier Jahre alte Unternehmen im Jahr 1993 ca. 11 % aller Erwerbstätigen. Zum Ende der neunziger Jahre dürfte der Anteil maximal vier Jahre aller Unternehmen jedoch deutlich geringer sein. Gründungen schaffen nicht nur zum Gründungszeitpunkt neue Arbeitsplätze, sie haben auch einen nachhaltig positiven Beschäftigungseffekt. Neuere Untersuchungen von Fritsch/Müller (2004) geben zudem Hinweise darauf, dass der Beschäftigungsbeitrag auch dann positiv ist, wenn Verluste aufgrund der Verdrängung von Wettbewerbern mit einbezogen werden.

Neben der wachsenden Bedeutung der KMU für die Beschäftigung in Deutschland konnten wir als weiteren wichtigen Trend in den neunziger Jahren eine deutliche Zunahme des Anteils selbständiger Erwerbstätiger beobachten. Im Jahr 2002 erreichte der Anteil an allen Erwerbstätigen mit 10 % einen neuen Höhepunkt. Insbesondere Solo-Selbständige ohne weitere Beschäftigte treiben diesen Zuwachs voran. Ihre Quote wächst zwischen 1989 und 2000 von 3,9 auf 5,0 %. Damit stellen sie heute die Hälfte aller Selbständigen. Berücksichtigt man darüber hinaus auch Selbständige im Nebenerwerb, so dürfte die Selbständigenzahl und insbesondere die der Solo-Selbständigen noch deutlich darüber liegen. Drei von fünf Gründungen finden heute im Nebenerwerb statt.

Unsere Analysen untermauern die hohe Bedeutung der KMU für den Arbeitsmarkt in Deutschland. Vieles spricht dafür, dass sie auch in den nächsten

Tabelle 1

Zusammenfassung der Ergebnisse			
1991 bis 2002			
	Status Quo in %	Veränderung in %-Punkten	
		1992 bis 2002	1997 bis 2002
Beschäftigtenanteil in KMB			
West 2002	76,7	4,8	0,8
Ost 2002	85,9	14,7	-0,2
Anteil KMB an neuen Arbeitsplätzen			
West 2002	93,0	1,4	-0,1
Ost 2002	97,0	2,2	0,0
Anteil KMB an abgebauten Arbeitsplätzen			
West 2000	86,8	2,7	2,9
Ost 2000	92,2	44,7	11,3
Anteil Selbständiger an der Zahl der Erwerbstätigen			
West 2000	10,2	0,9	-0,1
Ost 2000	9,0	3,9	1,7
Anteil Solo-Selbständiger an der Zahl der Erwerbstätigen			
West 2000	5,2	1,1	0,1
Ost 2000	4,5	2,1	0,4

Eigene Berechnungen.



Jahren einen hohen Beschäftigungsbeitrag leisten. So setzt sich der Technologie getriebene Strukturwandel zur wissensbasierten Gesellschaft fort, der als ein wesentlicher Motor für die Dezentralisierung der Beschäftigung und zunehmenden Beschäftigtenbeitrag in KMU in den vergangenen 15 Jahren angesehen werden kann. Ebenso hält der Strukturwandel zur dienstleistungsorientierten Wirtschaft an. Auch dies wird die Bedeutung der KMU weiterhin festigen.

Literatur

- Acs, Z.J. and D.B. Audretsch (1993), *Small Firms and Entrepreneurship: An East-West Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2003), Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland. *Monatsberichte* 55 (10): 29–55.
- Dhawan, R. (2001), Firm Size and Productivity Differential: Theory and Evidence from a Panel of US Firms. *Journal of Economic Behavior and Organization* 44 (3): 269–293.
- Döhrn, R. and N.A. Radmacher-Nottelmann (2000), A Database on the Globalization of German Manufacturing Companies: Conception and some Results. RWI-Papier 69. RWI, Essen.
- EU-Kommission (Hrsg.) (2003), Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen. *Amtsblatt der EU* L124/36-41, Luxemburg.

- Feuerstack, R. (2001), Unternehmensgruppen in der amtlichen deutschen Wirtschaftsstatistik. *ifo Schnelldienst* 2001 (15): 6–16.
- Fritsch, M. and P. Mueller (2003), The Effects of New Firm Formation on Regional Development over Time. Technische Universität Bergakademie Freiberg. Draft.
- Geroski et al. (2002), Founding conditions and the survival of new firms. London und Lissabon. Draft.
- Grotz, R. and U. Brixy (2002), Entry-Rates, the share of surviving businesses and employment growth: differences between West and East Germany since unification. Papier zum Vortrag auf der ERSA 2002 in Dortmund.
- Günterberg, W. and H.-J. Wolter (2002), Mittelstand in der Gesamtwirtschaft – Anstelle einer Definition. In Institut für Mittelstandsforschung (Hrsg.), Unternehmensgrößenstatistik 2001/2002 – Daten und Fakten. IfM, Bonn.
- Kay, R. (2003), Die Entwicklung junger Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. *Jahrbuch zur Mittelstandsforschung* 2002 (2): 1–38.
- Kay, R., E. May-Strobl und F. Maaß (2001), Neue Ergebnisse der Existenzgründungsforschung. Schriften zur Mittelstandsforschung NF 89. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- KPMG Special Services, EIM Business & Policy Research, European Network for SME Research (ENSUR) und Intomart (Hrsg.) (2002), KMU in Europa – inklusive einer ersten Betrachtung der Beitrittsländer. Beobachtungsnetz der europäischen KMU 2. Luxemburg.
- Lageman, B., K. Löbbe et al. (1999), Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel. Untersuchungen des RWI 27. RWI, Essen.
- Lehnert, N. (2003), Ergebnisse des DtA-Gründungsmonitors 2002. Schwerpunktthema: Gründungen. Bonn.
- MittelstandsMonitor (2003), Innovationen – Herausforderungen für den Mittelstand, Kapitel 4, Creditreform (Neun): 89–111.
- Monopolkommission (2002), *Netzettbewerb durch Regulierung*. Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2000/2001, Kurzfassung, Bonn.
- Piorokowsky, M.-B. (2001), Unternehmensgründungen im Zu- und Nebenerwerb: Motive, Wachstumsziele und gefühlte Restriktionen. In A.-K. Achleitner et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Entrepreneurship 2003/04. Gründungsforschung und Gründungsmanagement*. Berlin, Heidelberg 2004: 207–225.
- Prantl, S. (2003), *Bankruptcy, Subsidized Loans, and Exit-Decisions of Start-Up Firms*. Dissertation, Universität Mannheim.
- Ragnitz, J. (1999), Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen für den Konvergenzprozess. *Konjunkturpolitik* 45 (3): 165–187.
- Rothwell, R. and M. Dodgson (1996), Innovation and Size of Firm. In M. Dodgson and R. Rothwell (eds.), *The Handbook of Industrial Innovation*. Cheltenham and Brookfield: Edward Elgar.
- Wagner, J. (1999), „Arbeitsplatzdynamik und Betriebsgröße“. In D. Bögenhold und D. Schmidt (Hrsg.), *Eine neue Gründerzeit? Die Wiederentdeckung kleiner Unternehmen in Theorie und Praxis*, Amsterdam: Fakultas 1999: 137–153.